

# Die Ameise.

Immer strebe zum Ganzen! Und kañst Du selber kein Ganzes  
Werden, als dienendes Glied schliess an ein Ganzes Dich an!

## Organ des Verbandes der Porzellan- u. verwand. Arbeiter beiderl. Gesch.

Erscheint jeden Freitag. Vierteljährlicher Abonnementspreis 2,00 Mark für 1 Exemplar, bei Bezug von mehr Exemplaren unter einer Adresse je 1,50 Mark, Postzeitungsnummer 282. Insertionsgebühr für die Petitzeile 20 Pfennig. Rabatt wird nicht gewährt. Vorauszahlung für Abonnement und Inserate ist Bedingung. Geldsendungen sind an den Verbandsassistenten W. Herden zu richten. Arbeitsmarkt für Arbeiter und Arbeiterinnen unentgeltlich. Technische und sozialpolitische Artikel werden gegen Honorar entgegengenommen. Redakteur: R. Jahn, Berlin SO., Engelauer 15 II.

Nr. 15.

Berlin, den 12. April 1901.

28. Jahrg.

### Bekanntmachung.

Sanz gesperrt und den Mitgliedern zur besonderen Beachtung empfohlen sind folgende Orte: **Breslau, Gräfenroda (W. Heenz, Eckert u. Menz, A. Heßner), Rheinsberg, Ellowitz, großh. Frankenberg'sche Fabrik, Cristta, Neuenhof i. Westfalen (Firma Grässel u. Co.), Pörsdorf.**

Der Vorstand.

### Ueberarbeitung und Unterernährung.

Von Theodor Hoppe.

Ueber der Gesamtheit aller uns erkennbaren Erscheinungen steht das mechanische Kausalgesetz oder das Gesetz von dem notwendigen Zusammenhange von Ursachen und Wirkungen.

So hat z. B. die lange Arbeitszeit die Volkskraft im Allgemeinen schwer geschädigt, die Rekrutenaushreibungen beweisen dies, wenn man keine anderen Beweise ins Treffen führen will. — Das arbeitende Volk ist durch die lange Fabrikarbeit, andererseits aber auch durch schlechte Ernährung, wie nicht zu bezweifeln ist, körperlich heruntergekommen. — Die heutige Generation ist nicht mehr so kräftig wie die frühere; denn Weibes, übermäßige Arbeitszeit und schlechte Ernährung bewirken naturgemäß eine organische Verkümmern, indem der Mensch das, was er an Kraft täglich ausgiebt, nicht wieder ernimmt. — Der nächste Geldbeutel muß leer werden, wenn täglich mehr herausgenommen wird, als hineinkommt und selbst der kräftigste Mensch geht zu Grunde, wenn er obiges Gesetz von dem notwendigen Zusammenhange der Ursachen und Wirkungen nicht beachtet. Selbst bei reichlicher Ernährung muß die Ueberarbeitung schädigend auf den Gesundheitszustand wirken, denn Ueberarbeitung ist als Ursache organischer Verkümmern gleichwerthig mit Unterernährung, diese aber ist gleichwerthig mit langsamem Verhungern.

Der ökonomische Nationalökonom meint zwar, wenn der Tagelöhner nicht gleich am Ende eines jeden Arbeitstages verhungern und absterben sollte, sondern sich den Magen mit Kartoffeln füllt, seine Pfeife raucht, seinen Schnaps

trinkt und sich nun einredet, daß er satt und glücklich sei, daß dann für seinen Gesundheitszustand nichts zu befürchten sei. — Da kommt aber die böse Statistik und zeigt, daß die durchschnittliche Lebensdauer des Tagelöhners um ein Drittel, ja oft um die Hälfte kürzer ist, als die der wohlhabenden Individuen derselben Nation. Wir selbst sehen mit eigenen Augen, wie die mit täglich sichtbar werdenden Chasfachen zu beweisende physische Entartung des arbeitenden Volkes als notwendige Erscheinungsform einer mangelhaften schlechten Lebensweise zu Tage tritt. — Die zum größten Theil unter dem Existenzminimum reduzierten Löhne, welche dort immer gewaltiger und wirkungsvoller an den Tag treten, wo infolge vorherrschender Unwissenheit unter der Arbeiterschaft gegenseitige Willenszerplitterung und Isolierung der Kräfte, die täglichen Lebensbedürfnisse mehr und mehr zusammenschumpfen, zwingen schließlich den Arbeiter zu einer unvollkommenen, für seinen Kräfteverbrauch ungenügenden Ernährung. Wenn wir noch hinzunehmen, wie ein großer Theil des arbeitenden Volkes sich mit Wohnungen begnügen muß, die eher Maulwurfsböhlen und Landenslöchern als einer menschlichen Behausung ähnlich sehen, wie er kaum nothdürftig die Blüten des Leibes gegen Wind und Wetter, Kälte und Hitze schützen vermag und allen äußeren Einflüssen und schädigenden Widerwärtigkeiten der Elemente ausgesetzt, wie er kaum vollkommen mit Kartoffeln, Brod und dem berühmten St. Moritzwasser — genannt Kaffee — den lauernden Magen befriedigt, so kann man über die steigende Entkräftigung, über die Ursache der chronisch gewordenen Lungenschwindsucht, des chronischen Stiechthums, seinen Augenblick im Unklaren sein.

Wo die Hauptnahrung in Kartoffeln und anderen zweifelhaften Nahrungsmitteln besteht, dort kann von einem normalen Gesundheitszustand nicht die Rede sein, denn wie Kartoffelnahrung auf die Erhaltung des Körpers wirkt, das beweist ein Ausspruch Molestroti's, der behauptet, daß Verleumdung, der sich 4 Tage von Kartoffeln nähren wollte, nicht mehr im Stande wäre, sich dieselben verdauen zu können. Und was nicht die mangelhafte Ernährung voll-

ständig v. d. bet, daß besorgen trefflich die oft menschenwürdigen Wohnungen. — In dampfen von giftigen Miasmen verunreinigten Spelunken bringt ein großer Theil des arbeitenden Volkes, wenn es am Abend müde und ermattet die stäubigen Werkstätten verlassen, die wenigen zur Erholung dienenden Stunden in Räumen, die meist überfüllt und verunreinigt, erheblich zur Degeneration der Gesundheit beitragen und nicht selten zu vollendeten Brutstätten epidemischer Krankheiten und Seuchen werden. Man werfe einen Blick auf zahlreiche Berufsarten, wo die Arbeiter infolge einer unreinen, schmutzigen, langsam ungelunden Beschäftigung zur Vollziehung einer gesundheitsgemäßen Reinigung und Pflege des Körpers weder die Gelegenheit noch die Zeit haben, trotzdem eine solche mit der Ernährung des Menschen zusammengehört. Zur Ernährung des Körpers gehört nicht nur genügende und saubere Nahrung, sondern auch die Möglichkeit dieselbe gehörig verdauen zu können; hierzu ist zunächst gute, gesunde Luft, welche in dampfigen Wohnungen und stäubigen Werkstätten nicht vorhanden ist, erforderlich. Andererseits gehört hierzu eine gewisse Keinalichkeit in Bezug auf das Aeußere des Körpers, denn die Hautpflege vermittelt gleichfalls die Ernährung, wie jeder Bauer weiß, der da sagt: „das Aeußere des Viehs ist die halbe Fütterung“. — Die wesentlichsten Faktoren für unsere Gesundheit sind: gute Luft, reines Wasser, nahrhafte und genügende Speisen, Keinalichkeit, Bewegung, Ruhe, Wärme und auch eine gewisse Behaglichkeit und Gemüthsruhe in geistiger Beziehung. Die Hauptbedürfnisse sind: saubere, verbeerbene Luft, verfallene Nahrungsmittel, Schmutz, lange Arbeitszeit (bei ständiger sowohl als bei anstrengender Arbeit), fortwährende Ungewißheit in Bezug auf den Lohn und die Arbeit in der Gegenwart, Sorgen und Gemüthsanregung in Bezug auf Beschäftigung in der Zukunft. Namentlich die lange Arbeitszeit geht am meisten am Markt des Lebens und die Ueberarbeitung wird in ihren Auswirkungen in Bezug auf die Unterernährung für Male von uns der „Ragel zum Sarge“. — Das Schicksal, was der Mensch besitzt, ist doch zunächst die Gesundheit. Aber

wie wird auf diese Gesundheit losgerastert? Namentlich bei der Alfordarbeit! Wie verständig sind gerade die Arbeiter, welche einen an und für sich gesundheitschädlichen Beruf haben gegen sich selbst. — Der Tod muß eine Ursache haben — allerdings! Die Krankheit auch — gewiß! — Es ist auch nicht eine Natur so widerstandsfähig, wie die andere — aber eben darum sollen diese ihre Gesundheit umso mehr beachten oder garricht erst einen gesundheitschädlichen Beruf ergreifen; wenn sie aber einen derartigen Beruf ergriffen haben, so sollten sie wenigstens darauf Bedacht nehmen, möglichst gesund zu bleiben, sollten die Ursache des frühen Absterbens zu ergründen suchen. Warum haben wir denn noch einzelne alte Leute unter uns? Warum wurden die Porzellaner früher überhaupt älter? Weil die Ökonomie früher höhere waren und nicht jede Minute ausgenutzt zu werden brauchte. Weil die Ernährung eine bessere war und die Ausbeutung der Arbeitskraft weniger intensiv betrieben wurde. Treffend bemerkt hierzu Guard Reich in seiner Schrift über „Gesundheit und Lebensdauer“: „Aufenthalt in gesundheitsgemäßen Klimaten und Gegenden, Abwesenheit von Fabrikpest wie antihygienischen Beschäftigungen, überhaupt diese und ähnliche Momente verlängern das Alter der Kräfte und schieben den Eintritt des Verfalls hinaus. Demnach wird man in Staaten und Gegenden, woselbst große Extreme den Charakter des gesellschaftlichen Lebens ausmachen, viel Elend neben Ueppigkeit und Demuth neben proziger, verächtlicher Ueberhebung, im Allgemeinen weit mehr frühzeitigen Verfall finden als dort, wo gesundheitsgemäße Verhältnisse obwalten. Ein unglückliches Volk steht dem Siechtum und der Entartung näher als der Gesundheit u. s. w.“

Es ist ja möglich, daß alle leiblichen Bedürfnisse des Menschen bis zu einem gewissen Grade zeitweilig unterdrückt werden können. Es ist dies aber nur dadurch möglich, daß das geistige Wesen im Menschen ein gewisses Uebergewicht über sein pflanzliches und thierisches Leben gewinnt und insolge dessen dieses zu beherrschen vermag, aber nur wenige körperlich und geistig bevorzugte Menschen sind fähig, dies ohne Schaden für die Gesundheit durchzuführen. Wo bereits eine Unterernährung stattfindet, wo durch Ueberarbeit der Körper bereits geschwächt ist, da muß ein Unterdrücken notwendiger leiblicher Bedürfnisse unbedingt zur organischen Verkümmern und zur chronischen Entkräftung des Körpers führen. Der erschöpfte Geist wird zwar immer wieder aufgerüttelt zu neuer Thätigkeit durch Reizmittel, aber der Körper wird dabei immer schwächer und daß sich auch der Geist eine ihm so widerfahrne Vergewaltigung nicht lange gefallen läßt, das ist klar. Alkohol, Tabak und andere Reizmittel können zwar einen durch Ueberarbeit hervorgerufenen apathischen Zustand momentan beseitigen aber nicht auf die Dauer überwinden. Der Zustand einer stumpfsinnigen Resignation wird bald ein ständiger und die Nervosität, diese so viel verzweigte Krankheit unserer Zeit, legt auch den fundamentalen Grund zu geistiger Entartung. In einem kranken, stehenden Körper kann kein gesunder Geist wohnen, darum ist die erste Bedingung die Erhaltung und Pflege des Körpers, damit der Geist befähigt wird, die edlen Ziele der Menschheit zu verstehen und zu erfassen. Ueberarbeit und Unterernährung führen nicht nur zur organischen, sondern auch zur geistigen Verkümmern — und dafür sollten gerade wir Arbeiter uns hüten.

## Fürsorge der Gemeinden für Mütter und Kinder.

Von Dr. Kurt Freudenberg.

(Schluß.)

So lange die öffentlichen Krankenanstalten nicht soweit vermehrt und verbessert sind, daß alle Frauen, die zu Hause der wünschenswerthen Pflege entbehren, unbedenklich zu ihrer Entbindung die öffentlichen Entbindungsanstalten aufsuchen können, so lange wird auch für die unter solchen Verhältnissen doch zu Hause entbindenden Frauen durch Anstellung von Gemeindefürsorge zu treffen sein. Auch diese Forderung ist namentlich für die Langemeinden von Wichtigkeit, da hier ja an die Errichtung von Entbindungsanstalten überhaupt noch nicht zu denken sein wird.

Nicht nur Frauen der Arbeiterbevölkerung in den großen Städten, sondern auch den Kindern, und namentlich denen des ersten Lebensjahres, den Säuglingen, müssen die Gemeinden ihre Fürsorge zuwenden. Zahlenmäßig läßt sich diese Nothwendigkeit beweisen. In den Jahren 1873 bis 1882 starben z. B. in Berlin von 1000 Geborenen durchschnittlich 333,1 im ersten Lebensjahr, im ganzen preussischen Staate dagegen nur 240,4, also erheblich weniger. Das liegt nicht am „Stadtgift“, sondern an den sozialen Verhältnissen. Unzweifelhaft wird das bewiesen durch einen Vergleich der Kindersterblichkeit in verschiedenen Bevölkerungsschichten. Von den in souveränen Häusern 1850 bis 1870 geborenen Kindern starben im ersten Lebensjahr nur 7,8 Prozent. Dagegen betrug in Preußen 1886—1892 die Säuglingssterblichkeit in Familien von

Personen des stehenden Heeres	15,39 pCt.
Öffentlichen Beamten	16,59 „
Und weiter Diensthofen, Gesinde	30,00 „
Almosenempfängern	36,37 „

Auch eine Vergleichung der Säuglingssterblichkeit in verschiedenen Theilen derselben Stadt lehrt die Bedeutung der sozialen Verhältnisse. Es starben 1897 in Berlin im ersten Lebensjahr von 1000 Geborenen in der überwiegend von Wohlhabenden bewohnten Friedrichstadt 148, auf dem Wedding, also in einer ausgesprochenen Arbeitergegend 293, also nahezu doppelt so viel. Die „künstliche Ernährung“ der Säuglinge ist es, die diese Steigerung der Säuglingssterblichkeit herbeiführt, indem sie an die hygienischen Kenntnisse, die Zeit und den Geldbeutel der Mutter Anforderungen stellt, denen das Proletariat nicht gewachsen ist. 1896 starben in Berlin von 1000 Kindern durchschnittlich pro Monat 5,66 bei Brustnahrung und 32,89 bei Kuhmilchernahrung. „Wenn alle Kinder die Sterblichkeit der Brustmilch Kinder gehabt hätten, würden demnach nur 46,82 statt 194,05 Promille an Sterbefällen eingetreten sein.“ (Statistisches Jahrbuch.) Deshalb muß es das Bestreben der Gemeinde sein, allen körperlich zum Stillen fähigen Müttern die soziale Möglichkeit dazu zu gewähren. Die Wöchnerinnenheime erfüllen gleichzeitig auch diesen Zweck, und zwar für die ersten 4—8 Wochen, die gefährlichste Zeit des kindlichen Lebens. Man muß aber den weiteren Anspruch an die Gemeinde erheben, daß sie während der ganzen Säugungsperiode, also während neun Monaten, die Mütter unterstützt. Nehulich, wie die Gemeinde Berlin eine „Beschäftigungsanstalt für Blinde“ geschaffen hat, sollten die Gemeinden auch Beschäftigungsanstalten für stillende Mütter schaffen und es so diesen ermöglichen, ihren Erwerb zu finden, ohne daß deshalb dem Kinde seine natürliche Ernährung entzogen werden muß. Es ist gewiß kein leichtes Aufgab, solche Anstalten in genügender Umfang zu schaffen,

aber das Ganze ist doch mehr eine Frage der Organisation, als daß es materielle Aufwendungen erfordert. Diese Frauen sind durchaus arbeitsfähig und arbeitskräftige Personen. Die Gemeinde Berlin z. B. könnte, wenn sie den Bedarf an Wäsche und Kleidung für die Waisenhäuser, Krankenanstalten etc. — für über 600 000 Mk. im Jahre — in eigener Regie herstellte, dabei allein schon eine ganze Masse dieser Frauen unterbringen.

Es werden aber doch immer Mütter vorhanden sein, die z. B. wegen körperlicher Untauglichkeit zum Stillen, ihre Kinder mit der Flasche aufziehen. Auch von diesen Frauen wird ein großer Theil dem Erwerb nachgehen müssen und nicht in der Lage sein, für ausreichende anderweitige Abwartung der Kinder zu sorgen. Für solche Kinder bestehen heutzutage, von der Privatwohlfahrtigkeit — vielfach der Kirche — ins Leben gerufen, die sogenannten Krippen, welchen alle Schattenseiten solcher Wohlfahrtigkeit anhaften; ihre Zahl genügt dem Bedürfnis nicht, ihre Einrichtung entspricht nicht den Anforderungen der Hygiene und daneben ist dann womöglich noch allerlei Briborium damit verknüpft, welches zu dem vorgeblich humanitären Zwecke nicht paßt und der Hygiene geradezu ins Gesicht schlägt. Ich erwähne in letzterer Beziehung z. B., daß in einer hiesigen Krippe, die von einer evangelischen Gemeinde errichtet ist, von den unehelichen Müttern ein höheres Kostgeld verlangt wird, als von den verheiratheten. Größtentheils in Folge dieser Beschaffenheit der heutigen Krippen sind denn auch die Sterblichkeitsverhältnisse in denselben theilweise recht ungünstige, so daß ernsthaft in medizinischen Kreisen die Frage erörtert wurde, ob die Errichtung solcher Anstalten überhaupt zweckmäßig ist. Man wird schließlich aber doch dem hiesigen Kinderarzt Dr. Neumann darin beistimmen müssen, daß die Krippen zwar nur „ein Nothbehelf“, aber doch dort, wo Erwerbsthätigkeit der Mutter außerhalb des Hauses notwendig ist, „die einzig mögliche Lösung“ sind. Die möglichst vollkommene Einrichtung, die deshalb gerade zu fordern ist, können nur die Gemeinden, nicht die kümmerlichen Mittel der Privatwohlfahrtigkeit garantiren.

Es bleiben endlich noch die Kinder übrig, deren Mütter wohl die Zeit und die Arbeit, nicht aber die Mittel aufwenden können, welche die Aufzucht des Kindes mit der Flasche erfordert. Auch hier müßte die Gemeinde eingreifen. Oft wird das auf dem Wege der Armenunterstützung geschehen müssen. Gerade mit Rücksicht auf die ungeheure Kindersterblichkeit ist deshalb die Annahme so überaus thöricht, daß die Mutter, sofern sie arbeitsfähig ist, ein Kind allein durchbringen kann, und daß daher für ein Kind in der Regel kein Pflegegeld zu gewähren ist. Bei den unehelichen Kindern, deren Sterblichkeit noch über doppelt so groß ist als die der ehelichen, muß die Waisenverwaltung unmittelbar nach der Geburt feststellen, ob ein Nothstand vorhanden ist und dann sofort das Nöthige verfügen, sie darf nicht, wie heute, erst warten, bis sie angerufen wird. Denen, welche jede Form der Armenunterstützung zurückweisen würden, könnte die Gemeinde helfen, indem sie den Bezug guter Milch zu billigen Preisen erleichtert. Gerade das wird schon in der allernächsten Zeit für die Brandenburger Gemeinden zu einer sehr wichtigen Aufgabe werden. Müßten sich doch die Agrarier unserer Provinz forsen zu einem neuen Senten auf die Taschen des Proletariats, indem sie zum Brot- und Fleischwucher als dritten den Milch- wucher gesellen wollen. Daneben müßten den Eltern dieser Pappkinder die zur Pflege nöthigen Apparate — Waagen, Kochgeschirre

— gegen geringes Entgelt künstlich oder leihweise überlassen werden. Endlich sollte durch gedruckte Anweisungen, die bei der Meldung der Geburt auf dem Standesamt verabsolgt werden oder durch unentgeltliche ärztliche Vorträge allen Müttern die nöthige Belehrung über die Säuglingspflege zu Theil werden.

Für die größeren noch nicht schulpflichtigen Kinder können Anstalten, ähnlich den heutigen Kinderbewahranstalten oder Spielschulen nicht entbehrt werden, die von der Gemeinde zu errichten sind.

Im Interesse der schulpflichtigen Kinder fordern wir Schulärzte, Schulbäder und hygienisch einwandfreie Schulräume. Auch die Errichtung von Schulkantinen zur Verpflegung der Schulkinder würde in hygienischer Beziehung eine Großthat ersten Ranges sein. Für die großstädtischen Kinder, die zwischen fünfstöckigen Miethsblöcken aufwachsen, die in einem Gewirr von elektrischen Wagen, Droschken vielfach ohne Ueberwachung durch Erwachsene sich ihre Unterhaltung und Erholung suchen müssen, sind noch andere Maßnahmen erforderlich. Kinderhorte müssen außerhalb der Schulstunden die elterliche Aufsicht ersetzen. Auch während der Ferien ist eine entsprechende Fürsorge nothwendig. Dabei ist natürlich besonderer Nachdruck auf Spiele im Freien (auf Schulhöfen, Spielplätzen), Spaziergänge, Baden, Schlittschuhlaufen u. s. w. zu legen. Für die kranken oder besonders schwächlichen Kinder ist außerdem während der Ferien die Unterbringung in Ferienkolonien erforderlich.

Es braucht wohl eigentlich gar nicht hervorgehoben zu werden, daß vorzugsweise im Interesse der kindlichen Gesundheit auch ein absolutes Verbot der gewerblichen Beschäftigung schulpflichtiger Kinder erforderlich ist. Wo die Gemeinden die Polizeihohheit haben, sollten sie es nicht unterlassen, von derselben in diesem Sinne Gebrauch zu machen.

Unsere Thätigkeit auf diesem Gebiet wird die kulturfördernde Thätigkeit unserer Partei im Gegensatz zu den bürgerlichen Parteien von Neuem beweisen.

### Welche Stellung nimmt der Porzellanarbeiterverband zu der Handlungsweise zweier seiner Mitglieder ein? Sachverhalt:

Etwas 3 Wochen vor Weihnachten vorigen Jahres bekam der Obermaler Josef Wieden von der Firma Hildebrandt in Scheckthal die Kündigung mit der Begründung, daß die Malerei wegen Aufhäufung des Vorathes und Mangel an Bestellung bis auf Weiteres eingestellt werden müsse. Selbstverständlich war hierdurch Wieden gezwungen, seinen fünf Söhnen ebenfalls zu kündigen.

Die Entlassung Wieden's wurde aber von dem übrigen Theil der Arbeiter als nichts anderes aufgefaßt als eine Maßregelung, was sich auch als begründet herausstellte, indem einmal Herr Hildebrandt äußerte: „Nicht einmal in seiner Wohnung ist man mehr sicher, sogar im eigenen Hause hat man die Polizei.“ Damit konnte Niemand Anderes gemeint sein als Wieden, der in dem Hause Hildebrandt's Wohnung hatte und von dem der Herr S. annehmen zu müssen glaubte, daß er der Einsender jener Artikel im „Fachschnoffe“ sei, in welchen die Verhältnisse in dem Hildebrandt'schen Betriebe besprochen wurden.

Daß die Entlassung Wieden's „wegen Geschäftsstöckung“ nur ein — Vorwand war, geht daraus hervor, daß unterdessen ein gewisser Nebl, welcher aber nur im Mikroskopem „organisiert“ ist, den Posten eines „Obermalers“ angestrichen erhielt und schon am darauffol-

folgenden Montag nach Ablauf der Kündigungsfrist Wieden's mit einem anderen Kollegen Knappe weiter arbeitete. Ein anderer Kollege reiste, trotz wiederholter Aufmunterung, doch auch weiter zu arbeiten, ab. Es blieben also von den fünf noch zwei übrig, die als arbeitslos zu betrachten waren: Franz Knöpfel und Breitler. Diese erhielten insgesamt an Arbeitslosen-Unterstützung 180 Mark und an freiwilligen Beiträgen von den organisierten Glasmalern in Weiskammer 47 Mark. Diese beiden für sich zu kapern unternahm Herr Nebl; er ging zu ihnen in die Wohnung und das Resultat war: anstatt als alte Gewerkschaffler und Klassenbewußt sein wollende Arbeiter dem hereingeschnitten „Ober“ gebührend die Thür zu weisen, nahmen sie bereitwillig die „Grade“ an, unter dem Kommando dieses Herrn arbeiten zu dürfen. — Dabei waren diese beiden Herren nicht etwa durch die Nothlage gezwungen, wie schon ihre Unterstützung beweist; es war auch Aussicht vorhanden, daß ihnen anderwärts lohnendere Arbeit nachgewiesen werden konnte. Auf eine briefliche Mittheilung dieser Art hielten es die Herren nicht einmal für werth, darauf zu antworten! Sie zogen es vor, unter Hintwegsetzung über die ganze Art und Weise, wie ihr Verbandsorgan außer Arbeit kam, für den Lohn von 2 1/2 Pf. per Stangenvase bei einem Mann in Arbeit zu treten, der nicht allein Gegner der Organisation, sondern der auch gar nichts darin fand, unter so eigenartigen Umständen den Posten, den ein Anderer vor ihm eingenommen, zu übernehmen.

Gegen eine derartige Verletzung der Solidarität, wie sie die Herren Knöpfel und Breitler belieben, müssen wir uns in der entschiedensten Weise wenden. Wir müssen betonen, daß uns Arbeiter, die sich frank und frei gegen die Organisation erklären, viel ehrlicher erscheinen; da weiß man, mit wem man es zu thun hat. Solche Kollegen, vorausgesetzt, daß alle Belehrung nichts fruchtet, sind höchstens zu bedauern. Kollegen aber, die den Verband nur als Unterstützungsstufe und nicht auch als Kampforganisation gegen Unrecht und Ausbeutung betrachten, und die sich nicht schämen, nachdem die Humanität ihrer Kollegen für sie Opfer gebracht, mit solchem Dank zu lohnen, solchen Elementen muß gezeigt werden, was sie sind und was sie in Zukunft in den Augen ihrer Mitarbeiter zu gelten ein „Recht“ haben.

Anmerkung des Redakteurs. Zu der Kritik des Verhaltens unserer beiden Mitglieder hätten wir nichts zu bemerken. Sonderbar erscheint uns aber die öffentliche Anfrage an den Vorstand des Porzellanarbeiterverbandes, die als großspurige Ueberschreitung eigentlicher Zweck des Artikels zu sein scheint, dem die Kritik an den beiden Mitgliedern nur als Begründung dienen soll. Ein solches Verfahren ist jedenfalls eigentümlich, wenn es liegt kein vernünftiger Grund vor, eine Anfrage öffentlich zu stellen, welche man schriftlich direkt an den Vorstand des Verbandes richten konnte. Zur Sache haben wir auf unsere Anfrage vom Vorsitzenden des Porzellanarbeiterverbandes folgende Auskunft erhalten: Ueber das Verhalten der Mitglieder Knöpfel und Breitler liegt eine Beschwerde an den Vorstand aus Mitgliederkreisen vor, zu deren Erledigung sich Recherchen an drei verschiedenen Orten nothwendig machten, so daß die Frage, die ja an sich nicht so dringend ist, daß ihrer Erledigung nicht eine ganze Menge wichtiger Angelegenheiten vorangestellt werden dürften, für den Vorstand bisher nicht spruchreif war. Beschäftigt hat sich der Vorstand aber sehr wohl schon mit der Angelegenheit und um eine Grundfrage für seine Entschcheidung zu gewinnen, Ermittlungen über die Frage beschlossen,

welche Stellung der Verband der Glasarbeiter infolge der Maßregelung seines Mitgliedes eingenommen hat. Scheckthal gehört in das Organisationsgebiet des Glasarbeiterverbandes und hätte der Artikelschreiber sich daher zunächst die gleiche Frage vorlegen sollen. Als Resultat der Ermittlungen ergibt sich Folgendes:

Scheckthal ist seitens des Glasarbeiterverbandes nicht gesperrt, den Mitgliedern jenes Verbandes, Glasmachern wie Malern, ist bis heute der Eintritt in die Fabrik noch nicht untersagt. Der Vorstand jenes Verbandes ist überhaupt nicht veranlaßt worden, zu der Maßregelung Stellung zu nehmen. Auch die Zahlstelle Scheckthal des Glasarbeiterverbandes hat dazu keine Stellung genommen, weder ein Eintreten für ihr gemäßigtes Mitglied, noch die Sperre über die Fabrik bezw. deren Malerei beschlossen. Das ist aber wiederum deshalb unterblieben, weil der Gemäßigteste selbst sich einfach mit der Besriedigung seiner Unterstützungsansprüche einverstanden erklärte.

### Haarlicher Theil. Bekanntmachung!

Die auswärtigen Mitglieder der Zahlstelle Berlin II können, um Porto zu sparen, die vom Vorstand angeordneten Extrabeiträge anstatt in 3 oder 4 Raten in drei Raten, und zwar am 30. April, 28. Mai und 3. Juli an den Kassierer Karl Munk, Berlin, Reichenbergerstraße 151 II, einsenden.

Der Verbandsvorstand.

Nach folgenden Orten können die Mitglieder weder Fahrkosten noch Unterstützung erhalten (keine Sperre) und können nur auf eigenes Risiko Stellung dort nehmen, weil die betreffenden Firmen Verbandsmitglieder boykottiren:

Albersweiler, Alexandrinenthal, Althaldensleben (außer W. Gerde, S. Schulz, Barmeister), Bonn (Mehlem), Frankfurt a. O. (Paetsch, Maltsch), Garitz, Gerawiler, Göhr (Diefinger), Königspelt, Limenau (Wicht u. Co.), Ramenz (Wagt), Dessau (Gabel), Langwieschen, Palsau, Rodach, Roschütz b. Gera, Rudolstadt (Schäfer u. Vater), Schaala, Stanowitz, Seegerthal, Suhl (Schlegelmilch), Sörnewitz, Schweidnitz (Krause), Scheibe, Thale (Eisenwerk).

Sodern Mitglieder in obigen Geschäften arbeiten und der Ansicht sind, daß die firmeninhaber nichts mehr gegen die Verbandszugehörigkeit einzuwenden haben, so wollen man versuchen, eine schriftliche Erklärung hierüber zu erlangen, damit der betreffende Ort in obiger Liste gestrichen werden kann.

Der Vorstand.

### 51. Vorstandssitzung vom 28. 8. 1901.

An der Sitzung theilhaftig sich der Red. ur. von den Revisoren Josefener.

Zuschriften von Altwitz und Fernsdorf sind durch Kenntlichmachung erledigt. — Ein Situationsbericht von Grafenrode wird zur Kenntnis genommen; die Mitglieder 20779 Plats und 22 176 Gng werden nach § 2 Abs. 3 des Statuts vom Verband ausgeschlossen. — In der Unterstützungsliste des Mitglieds 4431 Rudolstadt wird Verlegung und Reduzierung beschlossen. — Dem Mitglied 62 411 Herzberg wird für vier Wochen Unterstützung über die statistische Hochwasser des Nils, Anwartschaften für das Mitglied 10 150, welches im letzten Jahre schon einmal solche erhalten, werden nach § 19 Abs. 1. — Ein Antrag der Erneuerung der Zahlstelle Oberdorf, dem Mitglied 44 311 Unterstützung über die statistische Hochwasser von 15 Wochen zu gewähren, wird nach Lage der Sache abgelehnt. — Ein Antrag der Mitglieder in Chemnitz, die Zahlstelle dortselbst wieder zu lassen zu lassen resp. die Erneuerung zu genehmigen, wird zur Zeit abgelehnt. — Istern die dortigen Mitglieder bestimmt sind, die Mittel zu schaffen, welche den Verband einer Zahlstelle vorzustehen lassen, soll es bei diesen

arbeiten gestellt bleiben, diesen Antrag zu wiederholen.  
— In der Rechtskammer 6475 Romar wird das schriftliche Urteil zur Kenntnis genommen, woraus hervorgeht, daß Mitglied mit seiner Klage abgewiesen und zur Tragung der Kosten verurteilt worden ist, ein Antrag, demnächst als auch der Verwaltung einen Ladet auszusprechen, sowie den bewilligten Rechtschutz zurückzuführen, resp. die Tragung der Kosten dem Mitglied zu überlassen, wird nach längerer Diskussion in namentlicher Abstimmung abgelehnt. Dafür stimmen: u. d. Aus, Pöhl, Korn; dagegen: Cray, Bauffe, Blechl, Schneider, Schubert, Schulze, Weigel, Wollmann. — Ueber Regelung der Kassenverhältnisse findet eine längere Diskussion statt und wird diese Angelegenheit bis zur nächsten Sitzung vertagt.  
O. Wollmann,  
Vorstandender.  
J. Schneider,  
Schriftführer.

### Aus unterm Berufe.

— Von Tillowitzer Verhältnissen nahmen wir unter Bezugnahme auf die von dort beantragte und daraufhin vom Vorstandsvorstand verhängte Sperre Noth, und streiften dabei auch die Malerbeziehungen mit folgenden 2 1/2 Zeilen: „In der Malerei wird sehr ungenügender Verdienst geklagt, ebenso über ungenügende Reinigung.“

In Nr. 14 der „Keram. Rundschau“ erklärt daraufhin das Malerpersonal der Gräfl. Frankenberg'schen Porzellanfabrik eine, eine halbe Kolumne einnehmende „Erklärung“ mit der namentlichen Unterzeichnung des Obermalers J. Pawaschki. Es wird erklärt, daß die Lohnverhältnisse den dortigen (oberschlesischen Die Red.) Verhältnissen durchaus angepaßt sind und sich Direktion, sowie auch andere Vorgefekte redlich Mühe geben, die seit Jahren stillgelegene Fabrik wieder in Gang zu bekommen.

Der Umstand, daß der Herr Obermaler für das Malerpersonal zeichnet, läßt ja schon einen gewissen Schluß zu auf das Zustandekommen dieser Erklärung. Ganz abgesehen davon, daß ein nach dort delegirter Vorstandsvertreter bei seiner Rückkunft Mittheilungen über außerordentlich niedere Malerlöhne machen konnte, haben wir ja schriftliche Mittheilungen hier, die davon nicht abweichen und zweifeln wir nicht daran, daß die Unterzeichner derselben die volle Verantwortung dafür übernehmen können.

Daß die Direktion sich redliche Mühe giebt, die Fabrik wieder in Gang zu bringen, daran zweifeln wir nicht, nur dürfte das nicht auf Kosten der Arbeitslöhne, noch gar auf Kosten des Koalitionsrechts der Arbeiter, geschehen. Es soll nicht verschwiegen werden, daß die in der Gräfl. Frankenberg'schen Fabrik beschäftigten Arbeiter, die kürzlich sich zahlreich der dortigen Zahlstelle angeschlossen hatten, nunmehr beim ersten Anprall die Flinten ins Korn warfen und der Organisation wieder den Rücken lehrten. Wir tragen unsererseits nun gar kein Verlangen mehr in irgend einer Weise auf die dortigen Arbeitsverhältnisse einwirken zu wollen und überlassen gerne dem Malerpersonal bezw. dem Herrn Obermaler Pawaschki durch noch auffallendere Erklärungen Reklame für die Tillowitzer Verhältnisse durchaus angepaßten Lohnverhältnisse zu machen. Hauptsächlich dem „Malerpersonal“ die Vergütung des großen Zusatzes recht leicht gefallen.

— Porzellanfabrik **Flöster-Wellendorf** Reingewinn 189 241 Mk. 12 pCt. Dividende. Geschäftsgang gut.

— Porzellanfabrik **H. Rosenthal u. Co.** Akt.-Ges. Zell. Reingewinn 195 152 Mk. 10 pCt. Dividende. 50 pCt. mehr Aufträge als zu gleicher Zeit im Vorjahre.

— Porzellanfabrik **Intermeilbad** vormals Mann u. Porzellan Akt.-Ges. Reingewinn 98 002 Mk. 12 pCt. Dividende. Aufträge auf Monate hinaus vorhanden.

— Porzellanfabrik **Schwab** wußt wie im Vorjahre eine Dividende von 9 Prozent ab.

— **Gräfenroda.** Am Sonntag, den 31. März, hielt die Zahlstelle der Porzellanarbeiter ihr Stiftungsfest in Wächters Gasthof ab, bestehend in Gesangsconcert des Gesangsvereines Frohsinn. Die Zwischenpausen wurden mit Musikstücken, vorgetragen von Organisirten hiesigen Musikern, ausgefüllt. Genosse Joos-Gelha hielt die Festrede. Der Saal war gut besetzt, sämtliche zum Vortrag gelangten Volkslieder und Musikstücke wurden sehr gut vorgetragen und verdienen die mitwirkenden Genossen für ihre Leistungen volles Lob. Herr Vorstandsvize Joos hatte zur Festrede das Thema gewählt: die Arbeit ist die Quelle alles Reichthums, welches sehr gut auf den hier bestehenden Konflikt paßte; seine Ausführungen wurden mit großem Beifall aufgenommen. Von einem Ball wurde mit Rücksicht auf hiesige Ausperrung Abstand genommen und fand deshalb das Fest Nachts 12 Uhr seinen Abschluß; alles verlief ruhig und in Ordnung.

Was die Situation der Ausgesperrten in allen drei Betrieben anlangt, ist mitzutheilen, daß wieder ein leiblicher Former, Hugo Möller aus Liebenstein, bei Heene als Arbeitswilliger eingetreten ist. Derselbe war mit ausgesperrt und bezug 8 Wochen lang Unterstützung. Sein Bruder hat gleich zu Anfang wieder bei Heene angefangen, sie wohnen beide in Liebenstein. Gerade dieser Hugo Möller that sich vor der Ausperrung in der Heene'schen Fabrik besonders hervor, bediente sich seinem Bruder Otto gegenüber Worte wie: „Ich erkenne dich nicht mehr als meinem Bruder an, wenn du den Arbeitswilligen machst“ und jetzt handelt er selbst so.

Herr Heene sucht in „Gerathal-Voten“ einige Jungen und Mädchen, die die Schule verlassen und lohnende Beschäftigung bei ihm finden sollen. Das „Volksblatt für Gatha“ schreibt hierzu:

„Wir wünschen Herrn Heene Glück zu vielen Jungen und Mädchen, erinnern aber auch gleichzeitig die Eltern der Jungen daran, daß ihre Kinder einzeln auslernen werden. Möge den Eltern der durch Herrn Heene hervorgerufene Konflikt zur Warnung dienen, damit es ihren Kindern nicht so gehen wird, wie den jetzt im Kampfe stehenden Arbeitern, die der Noth und dem Elend preisgegeben wurden, weil sie ihr gesetzlich anerkanntes Recht in Anspruch nahmen. Besonders ist es für die in Betracht kommenden Eltern empfehlenswert, sich nach den Verhältnissen in der Heene'schen Fabrik zu erkundigen. Die Zahlstellenverwaltung ist gern bereit, Auskunft zu ertheilen. Sehr vorsichtig müssen die Eltern beim Unterschreiben eines Kontrates sein. Wenn Herr Heene Jungen braucht, so kann er auch ohne Kontrakt welche annehmen.“

Weiter sucht Herr Heene noch zwei Maler (natürlich Nichtverbandsmitglieder). Alle übrigen Plätze in der Fabrik sind besetzt. Ob da nun überhaupt noch Platz für die gesuchten Jungen und Mädchen ein wird?

— Von den **österreichischen Porzellanarbeitern.** In Znaim, bei Firma Dittmar, bestanden wegen Defekt und Lohnfrage Differenzen. Dieselben sind nach der „Solidarität“ als beigelegt zu betrachten und zwar wurden folgende Bestimmungen zu Grunde gelegt:

1. Jeder Arbeiter haftet für die von ihm ausgeführte Arbeit bis nach erfolgtem Beschluß; für Fehler, welche fehlerhaft aus dem Gattband kommen, hat der Arbeiter nicht zu haften. Die Fabrikleitung verpflichtet sich, für ein gut hergestelltes Material (Wasser) zu sorgen.

2. Nachweisbar fehlerhafte Waare kann unter gewöhnlichen Umständen dem Arbeiter nur mit dem Höchstbetrage des Fabriklohnens in Abzug gebracht werden.

3. In Fällen, wo von Arbeiter erwiesen werden sollte oder zusammengepaßt Waare in den Ofen ge-

liefert wird, kann der Arbeiter zum theilweisen oder ganzen Schadenersatz, bestehend aus Arbeitslohn, Waare und Feuer, verhalten werden, welcher, soweit er den Arbeitslohn übersteigt, der Betriebskrankenkasse zufließt.

4. Zur Regelung der Defektfrage wird eine Kommission, bestehend aus zwei Sachverständigen der Fabrik und zwei Vertrauensmännern der Arbeiter, eingeführt.

5. Diese Kommission hat allwöchentlich die Defektwaare zu übernehmen und zu konstatiren, welche Defekte dem Arbeiter zur Last fallen und für welche Defekte die Fabrik aufzukommen hat.

6. Kommissionsbeschlüsse, welche mit drei Stimmen Majorität gefaßt werden, sind sowohl für die Fabrik als auch für die Arbeiterbindend.

7. In Fällen, wo ein Majoritätsbeschuß nicht zu Stande kommt, ist die Entscheidung der Fabrikdirektion als der letzten Instanz anzurufen.

8. Entscheldet die Fabrikdirektion gegen den Arbeiter, so kann das Personal durch einen Vertreter den endgültigen Verhandlungen hinhinhalten. Der Arbeitslohn der strittigen Defektwaare fällt nach Ermessen zum Theil oder zur Gänze der Betriebskrankenkasse zu.

9. Die Arbeiterschaft erklärt ausdrücklich, sich sowohl den Kommissionsbeschlüssen als auch den letztgültigen Entscheidungen der Fabrikdirektion unweigerlich zu unterwerfen und auf jede Durchsetzung im Rechtswege Verzicht zu leisten.

10. Die Arbeitspreise für neue Artikel werden von der Fabrikdirektion im Einvernehmen mit demjenigen Oberdrehler, der die Musterstücke hergestellt hat, bestimmt.

11. Sollte sich der eingestellte Arbeitspreis nach Ablauf von vier Wochen bezüglich der Marsch- und Zugzwänge in der betreffenden Fabrik dem Durchschnittlichen Verdienst des betreffenden Arbeiters gegenüber als zu niedrig erweisen, so steht demselben das Reklamationsrecht zu und wird die Fabrikdirektion bemüht sein, in solchen Fällen eine Vereinbarung zu erzielen.

12. Die Waarenablieferung geschieht an bestimmten Tagen bis 12 Uhr Mittags.

Auf die fertige Waare, die nicht geliefert werden kann, kann jeder Arbeiter einen Vorschuß von 80 Prozent des Arbeitslohnes ansprechen.

13. Die Bestimmungen vom 1. Juli 1893, betreffend die Alterszulagen, bleiben für alle diejenigen Arbeiter in Kraft, die zur Zeit der Auktivierung vorstehenden Uebertritts in der Fabrik beschäftigt sind; für neu eintretende Arbeiter fällt die Gewährung jeder Alterszulage weg.

Mit vorstehenden Bestimmungen erkläre ich mich durch meine Unterschrift vollinhaltlich einverstanden.

Die Firma gab auch die persönliche Erklärung ab, daß so bald als möglich ein zweiter Trockenraum hergestellt und den Drechern genügend Bretter, Formen und Gypsplatten beigelegt werden.

Die Dreher Wagner und Swierak werden nicht entlassen und erhalten die Hälfte des eingelagerten Betrages (ungefähr 100 Kr.) vergütet.

Gegen diese Bedingung ziehen sie die Klage zurück. Die Differenzen mit den Malern wurden ebenfalls beigelegt, und wird hierüber Näheres berichtet werden.

Als gesperrt werden folgende Orte aufgeführt: Wien, Zsch, Schwab (Firma Blech) und Altrohlau (Victoria).

### Soziales. Gewerkschaftliches etc.

— Eine praktische Erprobung des Achtstundentages hat in der großen optischen Werkstätte von Karl Zeiß in Jena zu guten Erfolgen geführt. Die Firma hat am 1. April vorigen Jahres versuchsweise die achtstündige Arbeitszeit unter Einhaltung einer im Sommer zweistündigen, im Winter eininhalbstündigen Mittagspause eingeführt. Jetzt liegen die Erfahrungen eines ganzen Jahres vor und diese sind so günstig, daß der Achtstundentag von der Firma dauernd beibehalten werden wird. Es ist weder eine Minderung der Produktion, also auch keine Verringerung der Arbeitsleistung und des Verdienstes eingetreten, noch kann gesagt werden, daß das Arbeitsergebnis unter besonderer körperlicher Anstrengung der Arbeiter herbeigeführt worden ist. Das ganze Schicksal der gesteigerten Leistung bei kürzerer Arbeitszeit beruht auf der intensiveren Schätigkeit, dem ruhigeren Tempo und der Befreiung derjenigen, überhöhten Gewohnheit, welche eine lange Arbeitszeit mit sich bringt. Diese Empfehlung des Achtstundentages kommt aus

dem Munde des Leiters obiger Firma, des Professors Abbe, der übrigens seine Wahrnehmungen — zur Förderung der auf eine Verkürzung der Arbeitszeit gerichteten Bestrebungen — in einer volkswirtschaftlichen Zeitschrift veröffentlichen will.

Dem „Vorwärts“ wird darüber berichtet:

Seit dem 1. April 1900 ist in der optischen Werkstätte von Karl Zeiss, in der etwa 1000 erwachsene Arbeiter beschäftigt sind, der Achtstundentag neben 1 1/2 stündiger Mittagspause im Winter und 2 stündiger Mittagspause im Sommer durchgeführt. Auf Grund der in diesem Jahre gemachten Erfahrungen ist die Firma gewillt, den Achtstundentag dauernd beizubehalten.

Diese Eröffnung machte am 29. März der an der Spitze des Unternehmens stehende Professor Abbe — bekannt als Begründer der Karl Zeiss-Stiftung, der Jenaer öffentlichen Lesehalle und durch sein mannhaftes Eintreten für verfassungsmäßige Rechte und Freiheiten namentlich auf dem Gebiete des Vereins- und VersammlungsweSENS gegenüber dem neuweimarschen Reaktionskurs — indem er in einer großen Versammlung der Geschäftsangehörigen einen Vortrag über den Achtstundentag hielt.

Am Eingang seines Vortrags wies Herr Professor Abbe darauf hin, daß Mitte der 60er Jahre, als er zuerst mit der Werkstätte in Verbindung trat, noch die damals in Jena allgemein übliche 10 1/2 stündige Arbeitszeit herrschte. Die Arbeitszeit betrug bis Ende der 70er Jahre etwas über 10 Stunden. Dann wurde sie in mehrjährigen Unterbrechungen auf 10, 9 1/2 und im Jahre 1891 auf neun Stunden herabgemindert. In den letzten Jahren sind im Arbeiterausschuß mehrfach Anregungen auf eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit gegeben worden. Gegen den Uebergang zum Achtstundentag hat sich die Firma niemals grundsätzlich ablehnend verhalten. Bedenklich war nur, daß im allgemeinen eine zum Theil noch erheblich längere Arbeitszeit bestand und die Frage noch nicht gelöst schien, ob nicht die plötzliche Verkürzung der Arbeitszeit von 9 auf 8 Stunden eine wesentliche Verminderung der Gesamtleistung zur Folge haben würde.

Gegen diesen Preis hätte die Firma den Achtstundentag nicht eintauschen können, weil sie dann das bestehende System der Gewinnbeteiligung der Arbeiter in Gefahr gebracht hätte. Ein Arbeitsausfall von nur 4 oder 5 Prozent hätte den Verlust der ganzen Dividende zur Folge gehabt. Deshalb entstand die Frage: wie ist es möglich, eine Verkürzung der Arbeitszeit einzuführen, ohne eine Verminderung des Arbeitsergebnisses und ohne eine für die Arbeiter schädliche Steigerung der Anstrengung in den Kauf nehmen zu müssen?

Im Winter 1899 kam die Anregung aus Arbeiterkreisen, doch einmal mit einer Verkürzung der Arbeitszeit um eine weitere halbe Stunde, also auf 8 1/2 Stunden, den Versuch zu machen. Als diese Anregung diskutiert wurde, machte ein Mitglied der Geschäftsleitung, Herr Dr. Carl den Vorschlag, doch lieber sofort zum Achtstundentag überzugehen. Für diesen Vorschlag war die Erwägung maßgebend, daß man mit einem halben Stundentag nicht aus den Gepflogenheiten des Zehnstundentags herauskäme. Es müßten dann immer noch Einsparungen in die Arbeitszeit eingeschaltet werden, mit den Minuten werde es nicht so genau genommen. Nach dem Studium der namentlich in England gemachten Erfahrungen war die Firma davon überzeugt, daß der Achtstundentag ohne Produktionsausfall, ohne Verschlechterung der materiellen Lage der Arbeiter und ohne ungebührliche Ausnutzung der Kräfte

herbeigeführt werden könne, wenn nur der gute Wille und genügendes Selbstvertrauen bei der Arbeiterschaft vorhanden ist. Man war sich aber ferner bewußt, daß ein solcher Versuch über die nächsten Interessen hinaus Bedeutung erlangen würde: ein Mißlingen hätte den schadenfrohen Gegnern nicht nur Stoff zum Lachen gegeben, sondern vielleicht auch die anderswo auf Verkürzung der Arbeitszeit gerichteten Bestrebungen lahm gelegt.

Deshalb sollte zunächst das Votum der Arbeiterschaft durch eine Abstimmung herbeigeführt werden. Die Abstimmung erfolgte unter der Fragestellung:

„Wer traut sich zu und ist zugleich gewillt, in der auf 8 Stunden verkürzten Arbeitszeit bei Lohn oder Akkord dasselbe zu leisten wie bei der bisherigen 9 stündigen Arbeitszeit?“

Für die Einführung des Achtstundentags wurde eine Dreiviertelmajorität zur Bedingung gemacht und vorher bekannt gegeben, daß die bisherigen Frühstück- und Vesperpausen in Wegfall kommen und — zur Schonung der Kräfte — im Winter eine 1 1/2 stündige, im Sommer eine 2 stündige Mittagspause eingehalten wird. Das Abstimmungsergebnis wurde am 15. März 1900 ermittelt; von den über 18 Jahre alten Geschäftsangehörigen stimmten 614 mit „ja“, 105 mit „nein“, unbeschriebene Zettel wurden 21 abgegeben, 5 waren ungültig. Mit einer sechsstimmigen Majorität hatte sich also die Arbeiterschaft zu Gunsten des Achtstundentags entschieden. Am 1. April 1900 wurde zum erstenmal 8 Stunden gearbeitet.

Nach dieser geschichtlichen Reminiscenz gab Professor Abbe nähere Auskunft über einzelne Wahrnehmungen während des letzten Jahres.

Dafür, daß eine Produktionsminderung nicht eingetreten ist, liegen Anzeichen direkter und indirekter Art vor. Eines dieser Anzeichen ist die vorläufig nur für das erste Halbjahr vorliegende Lohnstatistik; nach dieser ist — obwohl die Akkordlöhne trotz verkürzter Arbeitszeit nicht erhöht worden sind — selbst für die Akkordarbeiter ein Lohnausfall nicht eingetreten. Die Beobachtungen bei Arbeiten im Zeitlohn haben ergeben, daß dieselbe Quantität hergestellt worden ist als früher bei der neunstündigen Arbeitszeit. Namentlich das letztere ist anfänglich in Zweifel gezogen worden, weil die Arbeiter ihre Abhängigkeit von den Maschinen betonten. Obwohl die Maschinen in ein schnelleres Tempo nicht versetzt werden konnten, haben sie dieselbe Arbeit geliefert wie vormals, weil die Zeit zum Vorrücken des von der Maschine zu bearbeitenden Produkts besser ausgenutzt wurde. Dafür liegen durch die Aufzeichnungen des Maschinenmeisters 3 stimmige Nachweise bezüglich der Abgabe des elektrischen Stroms vor.

Es machte sich zunächst der punktförmige Beginn bemerkbar; der Zeiger am Schaltzeit ging rückwärts in die Höhe, während früher beim Arbeitsbeginn der Zeiger sich nur langsam vorwärts bewegte. In den ersten vier bis 5 Monaten, so lange ein Vergleich möglich war, ist ein um 4—5 Prozent stärkerer Strom abgegeben worden, als vorher bei der neunstündigen Arbeitszeit. Das ist ein äußerst charakteristisches Zeichen für die intensivere Ausnutzung der Maschinen. Leider hat der Vergleich durch Neuaufstellung von Maschinen nicht weiter fortgesetzt werden können.

Die andere Frage, ob die erhöhte Arbeitsleistung in kürzerer Zeit nicht eine erhebliche Anspannung der Kräfte bewirkt hat, ist ebenfalls befriedigend zu beantworten. In sich überlegt es keinem Zweifel, daß, wenn die Operationen in rascherem Tempo vollzogen werden, dadurch eine Mehranspannung der Arbeitskraft

bedingt ist. Die Hauptfrage richtet sich aber auf den Punkt, ob dies bewußter Weise geschah. Die Frage müßte bejaht werden, wenn jeder sich hätte sagen können: von nun an mußt du dich zusammennehmen, um dasselbe zu leisten bzw. zu verdienen. Davon kann aber keine Rede sein. Denn ein solcher Aufwand von Energie und Kraft hätte vielleicht 14 Tage gedauert und dann jedenfalls wieder aufgehört. Davon ist aber nichts bemerkt worden. Es hat sich vielmehr an den neuen Zustand bald eine Art automatischer Angewöhnung vollzogen, die dem einzelnen Arbeiter keineswegs als Strapaze fühlbar ist. Dies hängt mit der physiologischen Thatsache zusammen, daß ein gesunder Mensch, wenn er ausgeschlafen hat und einen gewissen Grad von Energie besitzt, eine bestimmte Summe von Arbeit innerhalb einer gewissen Zeit, auch im rascheren Tempo, leisten kann, ohne das Gefühl der besonderen Anstrengung zu besitzen.

Im zweiten Theil seiner Rede wandte sich Herr Professor Abbe den Voraussetzungen zu, unter denen eine Anstrengung des Achtstundentags denkbar ist. Hierfür machte er zwei Hauptpunkte geltend: erstens das intensivere Arbeits Tempo, zweitens die ökonomische Ausnutzung der Zeit. Die erste Bedingung macht ihm keine Sorge. Denn wenn einmal die Gewöhnung vorhanden ist, so geht das von selbst weiter, er müßte sich dem einer absichtlich in das langsamere Tempo zurückdrängen wollen. Das zweite dagegen ist in viel höherem Grade Sache des guten Willens. Da müssen die Arbeiter beim Glockenschlage an ihrem Plage stehen und auch nicht eher aufhören, bis die Glocke wiederum das Zeichen gegeben hat. In diesem Punkte könnte man der Firma, wenn sie dieses Verlangen stellt, nicht Bedenken vorwerfen. Das sei ein strenges Gesetz. Es muß auch während der Arbeitszeit alles unterlassen werden, was die eigene Arbeit oder die des Nebenmannes beeinträchtigt. Die Verabreichung alkoholischer Getränke während der Arbeitszeit ist zu unterlassen, denn nach wissenschaftlicher Einsicht drängt der Alkohol die Arbeitsleistung zurück. Bei achtstündiger Arbeitszeit kann auch in der heißesten Jahreszeit, wo Vormittags 5 und Nachmittags 3 Stunden gearbeitet wird, ein unbedingtes Bedürfnis danach nicht anerkannt werden. Anders bei zehn- und mehrstündiger Arbeitszeit; da könne man es dem Arbeiter nicht zumuthen, so lange ohne eine Erfrischung auszuhalten. Wenn man aber einsteht, daß dies schließlich eine überflüssige Gewöhnung ist, so wäre es unverantwortlich, diese auch auf die nachfolgende Generation zu verpflanzen. Ubrigens ist die Firma bereit, einen Kaffeekiosk einzurichten.

Auch muß verlangt werden, daß die anderweitige Erwerbsthätigkeit in der freien Zeit, welche dieselben Muskeln anspannt und die gleiche Aufmerksamkeit erfordert, wie die gewöhnliche Arbeit, eingestellt wird. Da könne man von einer Erholung nicht reden; es werde dadurch vielmehr eine direkte Minderleistung bedingt.

Seine Erörterungen beschloß Professor Abbe (schlechte) durch die Erklärung, daß die Firma von jetzt ab am 1. Mai Vormittags 11 Uhr die Geschäfte ruhen lassen und den ganzen Tag bezahlet wird. Daran ist nur die Bedingung geknüpft, daß — wenn jemand auf die volle Erhaltung dieses Tages Anspruch erhebt — er sich nichts zu Schulden kommen lassen darf, was die Ehre und das Ansehen des Arbeitervereins schädigt.

Auf unser Schicksal, Me Herren im eigenen Hause ist und den Arbeitern nicht das geringste Mitbestimmungsrecht einräumen

wollen, werden die hier mitgetheilten Thatsachen, daß in einem Großbetrieb in Deutschland der Achtstundentag in idealer Verfassung eine dauernde Einrichtung ist und den Arbeitern bezüglich der Maifeier Zugeständnisse gemacht sind, wie ein kalter Wasserstrahl wirken. Mögen sie sich recht bald von ihrem Schrecken erholen und einsehen, daß es ein Uebling ist, sich dem sozialen Fortschritt in den Weg zu stellen. Unsere Freunde und Genossen aber werden aus diesem Beispiel die Kraft und den Muth schöpfen, auch fernerhin, wo es gilt, für den Achtstundentag auf die Schanze zu treten.

— Weiterer Erfolg der Bestrebung auf Verkürzung der Arbeitszeit:

Einen großartigen Erfolg erzielten die Berliner Schriftgießergesellen bei ihren Verhandlungen mit der Prinzipalität. Bekanntlich hatte der Dresdener Schriftgießergesell die Forderung der 8 1/2 stündigen Arbeitszeit aufgestellt, welche Verkürzung gerade in dem überaus gesundheitsschädlichen Schriftgießergewerbe von höchster Nothwendigkeit ist. Die Berliner Schriftgießerprinzipale waren einsichtig genug, dieser berechtigten Forderung entgegenzukommen und bewilligten die Verkürzung der Arbeitszeit um täglich eine halbe Stunde. Hoffentlich wirkt das gute Berliner Beispiel auf die übrigen Städte, denn was die Berliner Prinzipale können, ist denen im übrigen Deutschland auch möglich.

Innerhalb der Porzellanerei sind ja mehrere Fabrikanten ebenfalls für Verkürzung der Arbeitszeit, mit Worten, die Thaten bleiben aber aus — Niemand will den Anfang machen.

— Die Glasarbeiter kämpfen einen schweren Kampf um ihre Organisation. Der Fabrikant Heze, ein zweiter König Stumm, verfügt über Millionen von Mark. Daneben findet er aber auch noch sonstige Hilfe in seinem Vorgehen gegen die Arbeiter, wie aus folgendem, dem Fachgenossen entnommenen Bericht hervorgeht:

„Zum Glasarbeiterstreik in Meiningen-Schauenstein. Herr Bürgermeister Stahn in Meiningen i. W., der schon in früheren Jahren einmal von sich reden machte dadurch, daß er einem Glasarbeiter die Auflage machte, bei Verurteilung einer Strafe von 30 Mark oder im Unvermögensfalle von 6 Tagen Haft innerhalb dreier Tage die Arbeit bei der Heze'schen Glasfabrik wieder aufzunehmen und in Gemäßheit der bürgermeisterlichen Entscheidung fortzusetzen, hat auch gegenwärtig wieder Schritte gethan und zwar in Gemeinschaft mit dem dortigen Magistrat, die sehr leicht von den in einem aufgebrungenen Bohnenkampf sich befindlichen Glasarbeitern in Meiningen und Umgegend als Parzeinnahme für den 70fachen Millionen, für den Glasfabrikanten Heze bedeutet werden könnten, Schritte, die auf keinen Fall im Interesse der streikenden Glasarbeiter liegen, wohl aber gerechnet sind, diese an dem schließlichen Erfolg ihrer gerechten Sache zweifeln zu lassen, sie zu Ungunsten ihrer eigenen Interessen zu beeinflussen.

Einem der streikenden Glasarbeiter, geborenen Ruffen, der aber seit 16 Jahren in Deutschland wohnt und mit einer Deutschen verheiratet ist, ist unterm 25. d. M. folgende, von Herrn Bürgermeister Stahn unterzeichnete Auflage zugegangen:

„Wie Ihnen bekannt ist, wurde seinerzeit die gegen Sie bereits verfügte Ausweisung nur deshalb zurückgenommen, weil Sie hier in fester Arbeit standen. Nachdem Sie sich hier nun arbeitslos aufhalten, liegt keine Veranlassung mehr vor, Ihre Ausweisung jetzt nicht zur Ausführung zu bringen. Wir würden jedoch von der Ausweisung bis auf Weiteres absehen, wenn Sie uns in acht Tagen nachweisen, daß Sie hier selbst wieder dauernde Arbeit genommen haben, und bemerken zu Ihrer Information, daß bereits 7 russische Glasmacher auf der H. Heze Glasfabrik Arbeit genommen haben und weitere russische Glasmacher in nächster Zeit anfangen werden. Es liegt also nicht der geringste Grund vor, warum nicht auch Sie auf der Fabrik wieder arbeiten wollen.“

Trübt der Arbeiter zu Kreuze, nimmt er die Arbeit bei dem Glasfönig wieder auf — einen anderen Sinn vermindern wir aus dem Gesicht nicht herauszulassen — dann wird es ihm gesittet sein, in Meiningen bei den Samen zu bleiben. Lehnet er aber Sozialismusgefühl, handelt er als ein Mann und in Uebereinstimmung mit den in Arbeiterkreisen herrschenden Ansichten über Heze, dann mag er sein Bündel schnüren. Herr Bürgermeister Stahn und der Magistrat von Meiningen gehen aber noch weiter. Sie begünstigen sich

nicht damit, dem einen Arbeiter die Wiederaufnahme der Arbeit bei Vermeidung der Ausweisung nahe zu legen, — sie holen auch gleichzeitig zu einem Schläge wider die dem Glasfönig so sehr verhasste Organisation aus. Die „Garke“, das amtliche „Organ der Stadt Meiningen“, bringt in ihrer Nummer 50 vom Donnerstag, den 28. März, folgende

#### Bekanntmachung.

Hierdurch machen wir bekannt, daß wir die hiesige Zahlstelle der Glasarbeiter wegen Hebrötung des § 8 des Vereinsgesetzes bis zu ergebender richterlicher Entscheidung vorläufig geschlossen haben und daß das Königl. Amtsgericht die Schließung vorbehaltlich der auf Grund mündlicher Verhandlung zu erlassenden Entscheidung bestätigt hat.

Wer sich an der Zahlstelle ferner als Mitglied betheiligte, wird mit Geldstrafen von 15 bis 150 Mk. oder mit Gefängnis von 7 Tagen bis zu 3 Monaten bestraft.

Meiningen, 25. März 1901.

Der Magistrat.

Stahn.

Die Schließung ist erfolgt, weil angeblich Lehrlinge der Zahlstelle der Glasarbeiter als Mitglieder angehören. Dieses ist aber, wie uns wiederholt bestätigt wird, nicht der Fall. Lehrlinge gehören der Zahlstelle nicht als Mitglieder an. Und um das Maß des Ersämens über die Schließung genannter Zahlstelle vollzumachen, wird uns noch versichert, daß bis auf den heutigen Tag die Zahlstelle der Glasarbeiter in Meiningen noch nicht für politisch erklärt worden ist, daß also der § 8 des Vereinsgesetzes auf sie keine Anwendung finden kann.

Und trotzdem die Schließung! Bereits am 16. April werden sich sechs Verbandständler vor dem Schöffengericht zu Meiningen zu verantworten haben, weil sie „hinreichend verdächtig erschienen“, in ihrer Eigenschaft als Vorstandsmitglieder der Zahlstelle als Mitglieder in den nichtpolitischen Verein aufgenommen zu haben.

Auch nicht einen Augenblick sind wir im Zweifel darüber, daß sämtliche „Verdächtige“ zeigeprosen werden und die Schließung der Zahlstelle des Glasarbeiterverbandes wieder aufgehoben wird.

Wie aus dem bürgermeisterlichen Schreiben hervorgeht, ist es den Bemühungen der Heze'schen Agenten gelungen, sieben Ruffen nach hier zu locken. Aber diese Leute machen den Streikenden keine Konkurrenz. Die Mittel der erregenden Gestalten sind durchaus nicht im Stande, hiesige Arbeiter zu erregen. Nicht bezweifelbar ist das Verhalten der Behörde. Der erste Bevollmächtigte des Verbandes bekam einen polizeilichen Strafbefehl über 15 Mk., weil er durch Ausgabe von Sammelzettel eine „unverlaubte Kollekte“ (!) veranstaltet haben soll. Ein Vorstandsmittglied sollte kurzer Hand auf dem Bahnhof verhaftet werden, weil es einen Kollegen auf dem Bahnhofsperren begrüßte. Im Eifer um die Bekämpfung der sogenannten „Arbeitswilligen“ hatte man nämlich in der Vergrößerung auf dem Bahnhofsperren eine „Belästigung“ gemittelt. Ein Streikkomiteemitglied, das die Streikenden aufgefodert haben soll, mit dem „Arbeitswilligen“ Schlichter keine Unterhaltungen zu pflegen, sollte sich nach Ansicht eines Polizeibeamten jeder beleidigender Worte heischen haben. Von einer bestimmten Seite ist dieser „Arbeitswillige“ dann aufgefordert worden, Strafantrag zu stellen gegen das fragliche Komiteemitglied. Der Aufforderung ist aber selbst von dem „Arbeitswilligen“ keine Folge gegeben! Einer der ruffischen Glasmacher, der durch die falsche Berichterstattung, daß es sich nicht um Streikbrecherdienste handle, nach hier gelockt ist, hat die Arbeit nicht fortsetzen wollen, nachdem er eingesehen, um was es sich handelt. Er ist dann per Schub wieder „abgereist“.

So arbeitet alles darauf hin, den Arbeitern den Kampf recht schwer zu machen. Aber die „Politik der Radeltische“ wird nicht vernünftig, die Arbeiter zu überzeugen, daß sie im Unrechte sind; all das heißt Bemühen auf allen Seiten, die Arbeiter wankelmützig zu machen, wird dazu beitragen, ihre Festigkeit und Ausdauer nur zu stärken. Und wenn auch noch einige Ruffen kommen sollten, auch diesen Leuten werden die Augen noch ausgehen, um zu erkennen, zu welchem Zwecke sie nach den Heze'schen Worten dirigiert wurden.

Aber es kennzeichnet auch den ungeheuren „Patriotismus“ eines Königl. preuß. Och. Kommerzienraths, sich aus Rußland Leute zu verschreiben, weil die deutschen Arbeiter sich nicht unter der tugendlichen Pranke eines deutschen Unternehmers ducken wollen.

Die deutschen Arbeiter aber werden aus all diesem den Schluß ziehen, daß sie alles, was in ihren Kräften steht, thun müssen, um den nur auf eigene Kraft angewiesenen Glasarbeitern den Sieg in dem ungleichen Kämpfe zu ermöglichen.

Die organisierten Schneider Deutschlands haben zahlreiche Kämpfe momentan zu bestehen. So befinden sich bereits im Aufstande dieselben in Berlin, Bremen, Frankfurt a. M. (Damenschneider), Mei., Mag., Speyer (Konfektionschneider), Torgau, Regensburg. Eine ganze Anzahl anderer Orte resp. Mitglieder hatten dem Vorstand angemeldet,

daß sie dieses Frühjahr in eine Bohnenbewegung eintreten wollen.

Die Redaktion und Verlag der „Fachzeitung der Schneider“ befindet sich in Hamburg, der Vorstand des Verbandes in Stuttgart, der letztere hat nun eine Urabstimmung veranlaßt darüber, ob die Redaktion und Verlag vom 1. Oktober ab nach Stuttgart verlegt werden soll.

Die Wiener Damenschneider haben gestreikt und vollen Sieg errungen. Die Pariser Damenschneider und Schneiderrinnen streikten, sie haben einen nur theilweisen Erfolg errungen.

Der Verband der Manzer hat laut seiner Jahresrechnung pro 1900 eine Mitgliederzahl von 81 331. Das Vermögen des Verbandes beziffert sich auf 453 563 52 Mk.

Der Verband der Himmeler weist 26 411 Mitglieder auf. Vermögen 245 862,27 Mark.

Der Buchbinderverband zählte am Schluß des Jahres 1900 7958 männliche und 3767 weibliche, zusammen 11 725 Mitglieder. Beherzigenswerth ist folgende Klage des Vorstandes auch für die Porzelliner, in dessen Verbande es nicht viel anders aussieht: Gegenüber dem S. and am Schluß des 3. Quartals haben die männlichen Mitglieder um 4 zu und die weiblichen um 293 abgenommen. Zieht man in Betracht, daß im Laufe des 4. Quartals 1252 männliche und 839 weibliche Berufsangehörige dem Verband beigetreten sind, so zeigt sich, wie gewaltig sowohl bei den männlichen als auch bei den weiblichen Mitgliedern die Zahl der Fahnenflüchtigen nach Beendigung der Bohnenbewegung war. Daß nicht die Erhebung einer wöchentlichen Extrasteuer von 10 resp. 5 Pf. der Grund war, warum ein beträchtlicher Theil der im Laufe des 3. und 4. Quartals eingetretenen Mitglieder wieder abgängig wurde, geht am sichersten daraus hervor, daß die Betroffenen in sehr vielen Fällen nur das Eintrittsgeld und einen oder wenn es hoch kam einige Wochenbeiträge entrichteten und schon mit dem Tage des Inkrafttretens der Extrasteuer weit über die statutarisch zulässige Wochenzahl hinaus resirten, die Absicht also von allem Anfang an schon in sich trugen, dem Verband nur so lange anzugehören, bis der gewollte Zweck erreicht ist. Vermögen besitzt der Verband 147 618,91 Mk.

Den Eisenbahnern in Preußen wehrten die Eisenbahnbehörden, voran der Eisenbahndirektor v. Thielens, im Interesse der Disziplin und was sonst noch, die Theilnahme an der Organisation. Ob aber nun die „Disziplin“ nicht doch etwas sehr durch folgende Begebenheit sich lockerer darstellt? Die Eisenbahner in Berlin haben am 18. März am Grabe der Märzgefallenen einen Kranz niedergelegt. Die Schleife zürte eine Lokomotive und das Flügelrad, auf dem einen Band steht das an der Spitze des „Werkzeuges“ abgedruckte Gedicht, das andere enthält die Worte: „Die Freiheitskämpfer zu ehren, das soll uns Niemand wehren. Gewidmet von den organisierten Eisenbahnern Berlins“.

Wenn sie einig wären, könnte man ihnen alles andere auch nicht wehren.

— Ein Bericht des „Sprechsaal“ über die Leipziger Frühjahrsmesse ergibt, daß die Fabrikanten wenig zufrieden mit dem Resultat der Messe sind. Größere Abschlüsse scheinen nicht gemacht worden zu sein. Es wird das damit erklärt, daß die Kunden aus Amerika und England zweifelt direkt die Fabrikanten aufsuchen und dort ihre Aufträge geben. Zimmermann wird der Messen noch aber seitens der Fabrikanten auch weiter geführt werden, finden doch in Leipzig diverser Versammlungen jener Verbände statt, die durch

die Ungunst der Verhältnisse angeblich geschaffen worden sind.

Die Arbeiterschaft, so sehr sie auch für die Gesundung der Industrie zu haben ist, die „gegenseitige kollegiale Aussprache“ der Herren Fabrikanten wird für sie nichts Gutes bedeuten. Man braucht nur an Heene-Gräsenoda zu denken.

— Ueber „Aufsichtsräthe“ der diversen Aktiengesellschaften schreibt der Sprechsaal durchaus nichts Schmeichelhaftes. Abgesehen von der Praxis, der Fachkenntnis die solchen Herren, zumeist Barquiers, fehle, sei doch das ein wunder Punkt, daß Niemand Aufsichtsrath von 35 Gesellschaften ist. Die Freund- und Bitterwirtschaft spiele da eine große Rolle, die Hauptsache ist da eben das Einkommen. „Während an der rechten Stelle mit dem Gelde gespart wird, verausgabt man es an der falschen in verschwenderischem Maße. Angestellte, deren Leistung thatsächlich von Belang für die Gesellschaft ist, werden larm bezahlt und hierdurch in ihrer Leistungsfähigkeit beeinträchtigt, wenn die unzureichende Bezahlung von Angestellten nicht gar noch schlimmere Folgen hat. An Personen aber, die theils keine Aufsicht über die Gesellschaft üben, theils erst dann zu dieser Thätigkeit gelangen, wenn aus der unzulänglichen Bezahlung von Angestellten ein solches Eingreifen erforderlich geworden ist, wird das Geld der Aktionäre oft zum Theil verschwenderisch verschrenkt.“

Sollten wir annehmen können, daß unter den „Angestellten“ etwa auch die Arbeiter resp. deren larme Bezahlung mit gemeint sein könnte?

Das wird wohl dem Schreiber aber nicht in den Sinn gekommen sein; wenn er schließlich auch für die Beamten und allenfalls noch für die Aktionäre, die ja doch die schwierigste Hand von ihrer Arbeit bekommen, eine Länge bricht, der Arbeiter und die Arbeiterin wird für ihn nicht in Betracht kommen. Die Aufsichtsräthe, Direktoren, Beamte und Aktionäre sind ja naturgemäß die wackelhaftesten Vertreter des kapitalistischen Wirtschaftssystems und sie wollen nicht etwa für alle Menschen eine gerechte Vertheilung der Güter dieser Welt. Ungesund bis auf die Knochen ist eben die ganze bestehende Weltordnung, ein kleines Beispiel gibt sogar der „Sprechsaal“ mit seinem Artikel gegen die Herren Aufsichtsräthe; aber nicht die Aktionäre und die Herren „Angestellten“ werden eine Gesundung herbeiführen, das wird nur die vorwärtsstrebende — sozialdemokratische Arbeiterschaft besorgen.

Der Kanonerkönig Grapp in Eisen hat im vergangenen Jahre die Kleinigkeit von 21 000 000 Mk. sich erarbeitet. Der ist sogar noch besser daran, als wie ein 35 maliger Aufsichtsrath.

Karl Schmidt in Gerweiler, Inhaber der Firma Gebrüder Schmidt Steingutfabrik ist gestorben und wird vom Verbandskeramischer Gewerke in Deutschland, sowie der „Vereinigung deutscher Steingutfabriken“ durch Nachrufe geehrt. Für die Arbeiterschaft ist es von Interesse zu wissen, daß der Verstorbene gleich dem Hr. Gullenume in Boan ein Gegner der Benutzung des Kalkulators durch die Arbeiter (die Herren selbst nehmen es für sich in Anspruch) war und Porzellanarbeiter-Verbandsmitglieder hart geachtet waren. Vielleicht ist der nachfolgende Inhaber anderen Sinnes.

Die Erfindung des Porzellans. Der königlichen kaiserlichen Akademie vorliegt vor kurzem Dr. Zimmermann, Mitglied in der Dresdner königlichen Porzellanmanufaktur, einen höchstinteressanten Vortrag über die Erfindung und erste Verwerthung des Meißner

Porzellans. Den Ausführungen des Redners lagen zwei ungemein werthvolle umfang- und inhaltreiche Manuskripte zu Grunde, die erst in neuerer Zeit aus den Archiven der königlichen Porzellanmanufaktur zu Meissen und der königlichen Porzellanmanufaktur zu Dresden ans Licht gebracht worden sind. Das Meißner Manuskript aus dem 18. Jahrhundert enthält unter dem Abschnitt „rothes Porzellan“ eine kurze aber äußerst wichtige Darstellung der Porzellanerfindung. Ueber die Zeit der ersten Ausübung der Erfindung berichtet dann das Dresdner Manuskript, das nichts geringeres enthält, als einen Bericht an den König über die gesammte bisherige industrielle Thätigkeit Böttgers bis zum Mai 1717, also bis zwei Jahre vor Böttgers Tode. Schlag auf Schlag, ja, fast gleichzeitig, hat Böttger beide Erfindungen gemacht und zum erstenmal finden wir hierfür mit aller Bestimmtheit das Jahr 1709 im Dresdner Manuskript verzeichnet, das bisher nur in der Annahme feststand. Die hierauf bezüglichen Stellen mögen um ihrer Wichtigkeit willen wörtlich mitgetheilt werden. Der Verfasser des Dresdner Manuskripts, Johann Melchior Steinbrück, Böttgers Schwager und seine rechte Hand, sagte erst vom rothen Steinzeug: „Diese Art porzellan ist Anno 1709 von obbemeldeten Herrn von Böttger nach des von Tschirnhausen Tod erfunden worden, da Er das weiße porzellan, als welcher er eher gesucht, zu finden bemüht. Er mag auch wohl das weiße und rothe zugleich erfunden haben, doch hat er das rothe etliche Jahre eher zu Stande gebracht.“ Und vom weißen Porzellan heißt es: „Dieses ist, wie im vorhergehenden Kapitel bei dem braunen Gedacht, mit selbigem zugleich 1709 zwar erfunden, aber nicht in Gang gebracht worden, weil es im Brennen anders als jenes traktirt sein will u. s. w.“ Daraus geht also erstens das Jahr 1709 unzweifelhaft als das Jahr der Erfindung, zweitens der Name Joh. Friedr. Böttgers als der des Erfinders hervor und drittens, daß es sich hierbei um ein bewusstes und beabsichtigtes Erfinden und nicht nur, wie vordem oft behauptet, um ein zufälliges Finden gehandelt hat. Wie aus den U-funden weiter hervorgeht, wurde allerdings Böttger durch den obengenannten Tschirnhausen zuerst auf den Gedanken gebracht, aber erst Böttgers Erkenntnis von der keramisch-werthvollen Verbindung einer im Feuer flüssigen mit einer im Feuer beständigen Substanz leitete die Sache auf den rechten Weg. Die Porzellanerfindung war aber besonders deshalb für Europa so unendlich wichtig, weil es hier vordem noch keine tafelfähigen Trink- usw. Gefäße für heiße Getränke gab.

— Die dänische Gewerkschaftsbewegung im Jahre 1900. Im vergangenen Jahre haben 87 Organisationen mit insgesammt 72 291 Mitgliedern Lohnbewegungen durchgemacht gehabt. An den Lohnbewegungen waren 23 930 oder 33 pCt. der Mitgliederzahl direkt theilhaftig. Für 17 734 wurden günstige Resultate durch Verhandlungen zwischen den Arbeiter- und Unternehmerorganisationen erzielt, während 6196 die Arbeit niederlegen mußten oder von ihren Arbeitgebern ausgesperrt wurden. Bei diesen Ausständen erlangen 5331 Arbeiter direkte Vortheile. Dagegen mußten 840 die Arbeit wieder aufnehmen, ohne etwas erreicht zu haben, und für 25 Arbeiter blieb der Kampf am Jahreschluß unentschieden. In 30 Organisationen mit zusammen 18 200 Mitglieder fanden im vergangenen Jahre keine Lohnbewegungen statt. Die Zahlen beweisen, daß das Jahr 1900 keineswegs ein Jahr des Stillstandes für die Gewerkschaften gewesen ist, sondern daß die Bewegung im Gegentheil eine recht lebhaft

gewesen ist und zu guten Ergebnissen geführt hat. Das zeigt sich auch darin, daß 27 pCt. der gesammten Mitglieder der Organisationen eine Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen erzielt haben. Der beste Beweis für die Stärke der Fachverbände und für die Position, die sie den Arbeitgebern gegenüber einnehmen, ist der Umstand, daß in den meisten Fällen die günstigen Resultate ohne Arbeitsniederlegung erzielt wurden, nur 7,2 pCt. ausständig wurden und kaum 1 pCt. der Gesammtmitgliederzahl kein positives Resultat erzielte.

Besonders ist es der „Dänische Arbeitsmannsverband“, der die größte Wirksamkeit entfaltet hat. Nicht weniger als 11 266 seiner Mitglieder standen in Lohnbewegung, wovon 3847 streikten oder ausgesperrt waren. 10 858 haben Vortheile erreicht, während 410 die Arbeit wieder aufnehmen mußten, ohne etwas erzielt zu haben.

An neuen Organisationen wurden gebildet: die der Kaffeeportierer, der Komitodoten und Hausdiener und der Theaterarbeiter. Die Organisation der Eisenbahnfunktionäre hat sich im Laufe des Jahres sehr stark entwickelt und die Näherinnen haben am Schluß des Jahres eine große Agitation für ihren Fachverein entfaltet.

### Veranstaltungsberichte etc.

Burgerb (Overkranken). Die am 20. März im Baurerlachs (S. de zu Neuhaus stattgefundenen Monatsversammlung wurde vom Vorsitzenden um 7 1/2 Uhr Abends eröffnet und hatte sich eines sehr guten Besuchs zu erfreuen. Die Tagesordnung war folgende: 1. Kassirer der Beiträge. 2. Besprechung über Fabrikwesen und Fabrikordnung. 3. Organisation und Zweck des Verbandes. Punkt 1 wurde erledigt. Im zweiten Punkt hatten sich hauptsächlich die Maler zu betheiligen, da die Fabrik erst seit wenigen Wochen in Betrieb gesetzt worden ist und konnte deswegen die Preisliste für die Maler von sämtlichen Nummern noch nicht bestimmt festgelegt werden, so haben sich die ausgetretenen Maler veranlaßt, die Herausgabe einer festen Preisliste von ihrem Obermaler in beschleunigter Weise zu fordern und zur Einnahme anzulegen. Dies verwelgerte aber der Obermaler Herrsch mit folgenden Worten: „Die Preisliste Länge ich in der Stunde nicht aus, die stehen in meinem Buch, Preisveränderungen behalte ich mir zu jeder Zeit vor und wer damit nicht zufrieden ist, der kann seine Invalidentarte verlangen und kann gehen.“ Es wurde daraufhin eine Kommission gewählt, bestehend aus drei Mann von den Malern, welche sich mit dem Prinzipal ins Einvernehmen setzen sollen, zur Festlegung einer festen Preisliste der bisher ausgezahlten Preise. Die bis h. ausgezahlte Preise, die hauptsächlich von dem Obermaler Herrsch Lithulit worden sind, sind ja auch annahmbar. Die Maler aber fordern, daß die selben von Prinzipal auch für die Zukunft fest eingelegt werden. Weiter wurde zu diesem Punkt beschlossen, daß jetzt die Arbeitszeit von 6—6 Uhr pünktlich innegehalten werden soll und nicht mehr, wie es bisher bei den Arbeiterpartei üblich war, sich Abends noch zwei bis drei Stunden, mitunter je noch länger, hinzusetzen und zu arbeiten, weil noch verschiedene Einrichtungen getroffen werden mußten. Die neue Fabrik steht jetzt in ihrem letzten Geschäftszuge da, die beiden Besitzer, Herren Schönan und Hofmeister, lassen sich auch nicht verbieten, alle Verbesserungen zu treffen und sind auch ihren Arbeitern gegenüber als herman und selbst zu bezeichnen. Bei Punkt 3 waren den Mitgliedern aus Herz gelegt, die Statuten des Verbandes genau zu verfolgen, sowie die „Mittheilung“ fleißig zu lesen, damit der Zweck und die Ziele des Verbandes richtig verstanden werden und nicht, wie es bei manchen Mitgliedern vorkommt, die „Kassette“ ganz ruhig in die Ecke legen und gar nicht zu beachten oder gar leise bei Erscheinen als Wurfpapier benutzen. Zu langer Besprechung wurde noch beschlossen, die Mitglieder in wähliger Sache zu befragen, wodurch nochmal Besprechung abgehalten wird, wo und wie dieselbe geleitet werden soll. Zum Schluß wurde noch eine Festsammlung veranstaltet, um eine Bewährungsprobe anzustreben, und ergab die Summe von 2,75 Mk. Einem dreifachen Dank auf die Bisthelle Dank wurde die Besammlung geschlossen. Ein gemüthliches Begrüßungsbild der Genossen bis in die spätere Abendstunde hinein stattfand.

### Literarisches.

— Zur Metallgewerkschaft hat die Buchhandlung Borchardt, Debes & Co. in Berlin 2. Jorden 1. Reihe herausgegeben: „Die Metallgewerkschaft“. Der 1. Theil, das einfach in der Sprache, kommt in der Handlung

